Bild des Tages

Diese Witwenblume erhält Besuch von einer Hummelfliege und einer Honigbiene. *Leserfoto: Hannes Nägeli, Seuzach*

Landluft

Das Hohelied der Hochrechnung

Dinge, die einem nicht gefallen, kann man schönreden. Oder eben auch schönrechnen, wie ein Beispiel aus Laufen-Uhwiesen zeigt. Nach den Gemeinderatswahlen Mitte April war jemand unglücklich darüber, dass der sechste Kandidat überzählig ausschied und nicht gewählt wurde. Was machte die Person? Sie startete eine Umfrage unter gut 40 Stimmbürgern und wollte wissen, wer alles diesen Kandidaten gewählt hat. Dann rechnete die unbekannte Person die Stichprobe hoch auf die gesamte Stimmbevölkerung von Laufen-Uhwiesen – und siehe da: Der sechste Kandidat hätte gewählt worden sein müssen. Ein Fehler im Wahlbüro oder sogar Wahlbetrug? Der Bezirksrat kam zum Schluss: nein. Doch das ist noch lange kein Grund, das Hohelied der Hochrechnung an dieser Stelle einfach mir nichts, dir nichts verstummen zu lassen.

Sie wohnen in einer Gemeinde und meinen, dort zu viele Steuern zu zahlen? Radwege, Grüngutsammelstelle, Freibad, Robidog-Kästen, Skateranlage oder Apéros nach den Gemeindeversammlungen: Braucht es das alles wirklich? Finden Sie es heraus und rechnen Sie selber nach! Sprechen Sie einfach x-beliebige Passanten auf der Strasse an und fragen Sie sie, welche öffentlichen Leistungen sie wirklich in Anspruch nehmen. Sobald Sie der Meinung sind, einen guten Bevölkerungsquerschnitt – repräsentative Stichprobe nennen das die Statistiker – gefunden zu haben, rechnen Sie das Umfrageergebnis hoch. Und siehe da: Viel weniger Leute als gedacht brauchen all diese Dinge, daher weg damit – und runter mit dem Steuerfuss!

Es gibt den Preisüberwacher und neu auch den Hobby-Hochrechner. Zu wenige Mitglieder für die Kirchenpflege? Kein Problem: Ein bisschen mittun wollen doch viele. Man rechne dieses zerstückelt-zerstreute Interesse an einem Kirchenamt hoch und schon hat man genügend Behördenmitglieder beisammen. Und um das Ganze mit Seriosität zu unterfüttern, wäre ein Studiengang an der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) angezeigt: Schönrechnen leicht gemacht, als Bachelor- und Masterstudiengang. *Markus Brupbacher*

Leserbriefe

«Vor 1999 war die Buchgeldschöpfung der Banken illegal»

Zur Vollgeldinitiative
Abstimmung vom 10. Juni

Dass Banken seit den 70er-Jahren selber Geld schöpfen können, wurde nie vom Volk z. B. in einer Abstimmung legitimiert. Nun fürchte ich, dass die Vollgeldinitiative von den Gegnern eigentlich einfach dazu missbraucht wird, diese Legitimation vom Volk im Nachhinein zu erschleichen, weil sich an diesem Geldschöpfen aus dem Nichts Gewinne privatisieren lassen, die eigentlich dem Volk gehören.

Das Schuldgeldsystem mit dem Geldschöpfen durch die Geschäftsbanken ist der grösste Raubzug, den die Welt je gesehen hat. Hat eigentlich jemand eine Ahnung, was auf der Admin-Seite des Bundes steht, wie der Bund Geld definiert? Man lese und staune: «Während Banknoten und die Sichtguthaben bei der Nationalbank unbeschränkte gesetzliche Zahlungskraft besitzen, d. h. in beliebiger Höhe zur Schuldentilgung benützt werden können bzw. an Zahlung zu nehmen sind, ist die gesetzliche Zahlungskraft bei Scheidemünzen auf 100 Stück beschränkt. Jubiläums- und Gedenkmünzen sind keine gesetzlichen Zahlungsmittel und müssen darum nicht angenommen werden. Auch privat emittierte Zahlungsmittel – wie Checks, Garantie- und Zahlungskarten, Bank- und Postkontoguthaben oder elektronisches Geld – entfalten keine gesetzliche Zahlungskraft. Sie sind deshalb im WZG nicht geregelt. Ihre Ausgabe ist dem Spiel der Marktkräfte überlassen.»

Das Volk hat 1999 bei der Annahme der neuen Bundesverfassung offensichtlich nicht bemerkt, welcher dicke Hund ihm da reingeschmuggelt wurde: nämlich die Erlaubnis, dass Geschäftsbanken durch Kreditvergabe Geld aus dem Nichts schöpfen dürfen, was ja in Wirklichkeit nur ein Versprechen auf Geld ist, wie oben im Text des Bundes erwähnt. Vor 1999 war die Buchgeldschöpfung der Banken illegal. Nun müssen wir es 2018 wieder illegal machen mit einem Ja zur Vollgeldinitiative!

Gaby Nehm, Winterthur

«Diese Sparaktion war ganz klar gesetzeswidrig»

Zum Verkehrsfonds
Abstimmung vom 10. Juni

Wer alles muss sich an die Gesetze halten? Alle, sollte man meinen. Politiker genauso wie alle anderen. Doch die rechtsbürgerliche Mehrheit im Kantonsrat tut dies öfters mal nicht. Über ein Beispiel davon stimmen wir am 10. Juni ab.

Es ist gesetzlich vorgeschrieben, dass der Kanton jährlich 70 Millionen Franken in den ÖV-Topf «Verkehrsfonds» zahlt. Im Jahr 2016 und 2017 kürzte die Mehrheit im Kantonsrat den Betrag in der Budgetberatung kurzerhand von 70 auf 20 Millionen. Diese Sparaktion war ganz klar gesetzeswidrig.

Der Kantonsrat hat sich nicht an geltendes Recht gehalten. Gleich zweimal. Und was kommt jetzt? Nun wird das Gesetz angepasst, um die Kürzung im Nachhinein zu legalisieren. Ich finde, das ist ein Skandal.

Wir haben bei dieser Gesetzesänderung das Referendum ergriffen, um den Stimmbürgern Gelegenheit zu geben, einer solchen Politik eine Absage zu erteilen. Ich freue mich über alle, die ein Nein einlegen am 10. Juni. Nicht nur weil der ÖV eine stabile Finanzierung braucht, sondern auch weil man die Mehrheit im Kantonsrat daran erinnern sollte, dass sie sich an die Gesetze halten muss.

Martin Neukom,
Kantonsrat Grüne, Winterthur

«Im Schulpflegepräsidium gehören unbedingt Profis ans Werk»

Zu «Sanfter Personalprofi oder schulerfahrene Kämpferin?»
Ausgabe vom 17. Mai

Am Podium für das Schulpflegepräsidium Seen-Mattenbach wurde ein wichtiger Aspekt nur am Rande angesprochen. Die vier Präsidenten(-innen) müssen auch in der Zentralschulpflege der gesamten Stadt ein Team bilden. Dafür ist es zentral, dass verschiedene Kompetenzen, Sichtweisen und Erfahrungen abgebildet werden. Martha Jakob kennt unsere Schule von innen und aussen. Sie bringt als Einzige über 20 Jahre Erfahrung als Lehrerin und über fünf Jahre Führungserfahrung als Schulleiterin mit.

Auch ihre gute Vernetzung im Kanton ist für die Winterthurer Kinder entscheidend, wenn es um gute Rahmenbedingungen und ausreichende Ressourcen für unsere Schule geht.

Leider treten zunehmend Burn-outs auf allen Stufen auf: in der Schulleitung, bei Lehrern(-innen) und sogar bei Kindern. Da gehören auch im Schulpflegepräsidium unbedingt Profis ans Werk.

Beat Meier, Präsident GLP
Stadt Winterthur

«Schüler und Lehrer haben damals eine glückliche Zufriedenheit ausgestrahlt»

Zu «Erfahrung trifft auf Neuanfang»
Ausgabe vom 17. Mai

Meine beiden Winterthurer Enkel haben die Brühlberg-Schule erfolgreich besucht. Zum Glück noch vor Felix Müllers Zeit. Genauso wie ich das mit Erfolg bei meinen beiden Kindern gemacht habe (meine Tochter ist heute Logopädin, mein Sohn Professor), habe ich mich ebenfalls um den Kontakt mit den Lehrern auch in dieser Schule bemüht. Was mich bei meinen Besuchen speziell beeindruckt hat, ist die auffallend glückliche Atmosphäre in der Schule gewesen. Schüler und Lehrer haben eine glückliche Zufriedenheit ausgestrahlt, die beste Voraussetzung eines jeden Lernerfolgs. Ich darf deshalb vermuten, dass gerade diese glückliche Atmosphäre für einen Mann, der ganz offensichtlich kommunikationsgestört ist, nachdem er «teils steinern ins Leere blickt» und «etwas am Rande bleibt», «die Quadratur des Kreises» (in dieser Schule) verkörpert hat.

Victor Lambert,
Rickenbach-Sulz

«Bitte füttern Sie mich»»

Zu «Abfall am Walcheweiher»
Leserbild vom 18. Mai

Als Massnahme gegen das Wegwerfen von Abfall auf öffentlichen Plätzen schlage ich Folgendes vor: Jeder Platz wird mit einer grossen Tonne (im Grünen mit Holzverkleidung) bestückt, die grosszügig folgendermassen beschriftet ist: z. B. «Abfall»/«Vielen Dank für Ihre Rücksicht» oder «Abfall»/«Bitte füttern Sie mich». Zusätzlich sollte Littering überall, auch auf den Strassen und Strassenrändern, bestraft werden können.

Suzette Pauli, Rickenbach

SCHREIBEN SIE UNS

Ihre Meinung interessiert uns.
Äussern Sie sich zu aktuellen Beiträgen, die in dieser Zeitung erschienen sind.
Geben Sie Ihre Texte direkt im Internet unter **www.landbote.ch** ein, mailen Sie an leserbriefe@landbote.ch oder schicken Sie diese per Post:
Der Landbote, Leserbriefe, Postfach 778, 8401 Winterthur

Stadttor und Coop-Haus abreissen: Das sind die radikalen Planerideen

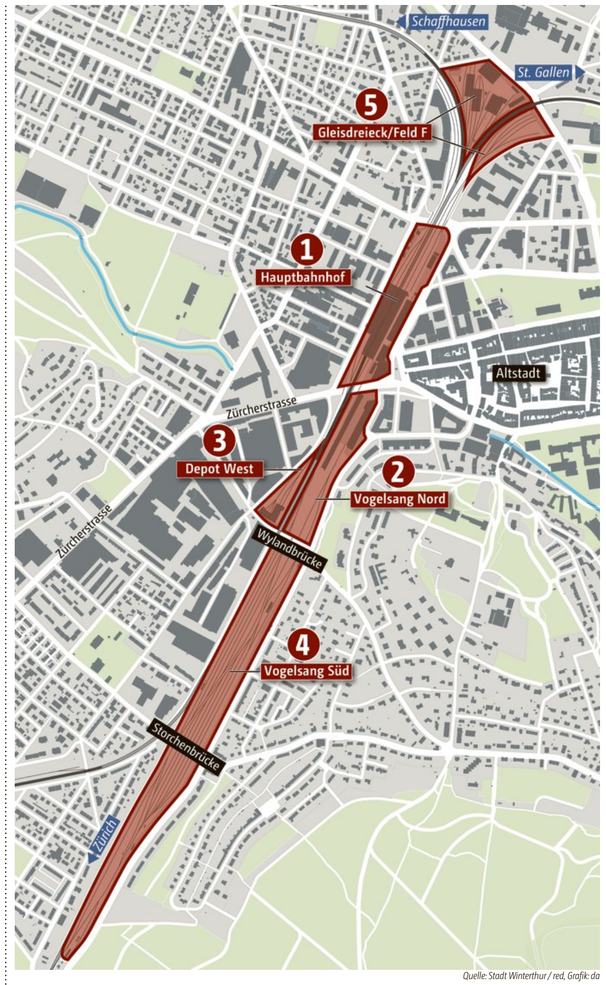
BAHNHOF Am Hauptbahnhof braucht es grosse Veränderungen, damit künftig mehr Züge verkehren können. Verschiedene Planungsbüros wälzen im neu vorgestellten «Synthesebericht zum Testplanungsverfahren» sehr weitgreifende Ideen.

Mehr Platz für Gleise am HB

1 Am HB braucht es bis in gut 30 Jahren ein bis zwei zusätzliche Durchgangsgleise und breitere Perrons, so haben die Planer errechnet, doch die Voraussetzungen dafür sind nicht gut: Auf dem Gleisfeld ist kein Platz mehr, und die angrenzende Rudolfstrasse ist sehr schmal. Die naheliegende Lösung, einen Tiefbahnhof zu bauen, hat man kritisch beurteilt, wie der Projektleiter im Amt für Städtebau, Nicolas Perrez, sagt: «Der Bahnhof müsste unter der Eulach liegen, also sehr tief. Die Gleisrampen würden dadurch extrem lange und wir müssten damit das ganze Innere Lind verbauen, was wir nicht möchten.» Einzelne der beigezogenen Planerbüros schlagen radikale Alternativen vor: Das Stadttor (Einkaufsgebäude bei der Hauptunterführung) könnte zusammen mit dem benachbarten Coop-Gebäude sowie dem erst kürzlich erstellten Raiffeisen-Haus auf der anderen Seite des Bahnhofgebäudes abgerissen werden. Das Bahnhofgebäude selbst würde ausgehöhlt und ein oder zwei Gleise durch das Haus gezogen. Ob sich das realisieren liesse, ist fraglich: Das Coop-Gebäude ist anders als die anderen Bauten, die den SBB gehören, in Privatbesitz. Die Eigentümerin Swiss Life teilt mit, es habe bislang keinen Kontakt zur Stadt oder den SBB gegeben; eine Enteignung scheint auch bei hoher Entschädigung schwierig. Hinzu kommt: Das Bahnhofgebäude steht unter dem höchsten Bundesschutz. Allenfalls könnte das Haus, so wie vor einiger Zeit das Direktionsgebäude der alten Maschinenfabrik Oerlikon, nach vorne verschoben werden, um dahinter Platz für mehr Gleise zu schaffen; dies allerdings würde den Bahnhofplatz mit dem Busbahnhof verkleinern. Eine weniger radikale Variante sieht eine Verschmälerung der Rudolfstrasse hinter dem Bahnhof vor.

Auch über die Aufhebung des Parkdecks für Autos über den Gleisen wird diskutiert. Damit würde eine Bausünde aus den 1980er-Jahren rückgängig gemacht und es könnte entweder der Perronbereich heller werden oder aber über den Gleisen könnten neue Büros und Geschäfte entstehen. Die Parkplätze auf dem Dach würden durch ein neues Parking ersetzt, beispielsweise am Ort der alten Güterschuppen südlich der Zürcherstrasse, deren Gebäude allerdings im städtischen Schutzinventar verzeichnet sind (siehe Punkt 2). Erst langfristig zum Thema werden könnte eine Verbreiterung der Hauptunterführung, wie sie aktuell bei der Unterführung beim Raiffeisen-Gebäude (Nordunterführung) begonnen wird. Kurzfristig sei eine «Verschönerung» oder «Pinselrenovation» der Hauptunterführung vorstellbar, sagt Baustadtrat Josef Lisibach (SVP), doch habe dies nichts mit der aktuellen Testplanung zu tun.

Insgesamt liegt in diesem Bereich keine brauchbare Lösung vor; «die Testplanungsbeiträge konnten das Ziel noch nicht erreichen», heisst es im Bericht. *gu*



Quelle: Stadt Winterthur / red, Grafik: da

Eine Brücke und ein Haus

4 Während man im Norden vieles verändern möchte, soll im südlichen Vogelsang das meiste beim Alten bleiben. Das Gebiet soll weiterhin für den Güterverkehr und andere Bahnanlagen genutzt werden. Zwar hat man auch hier einige Varianten geprüft, jedoch mehrheitlich verworfen. So seien weder eine Gleisüberbauung noch verschiedene Verlegungsvarianten wirtschaftlich und raumplanerisch sinnvoll. Bauliche Nutzungen hätten zudem infolge der Lage des Areals am Hangfuss in der Höhe beschränkt werden müssen.

Allerdings will man weiter prüfen, ob nicht auch hier, so wie weiter nördlich, eine zusätzliche Gleisquerung gebaut werden könnte, also eine Brücke, auf der sich die Bahngleise überqueren lassen. Ebenfalls könnte gleich südlich der Wylandbrücke ein neues Gebäude erstellt werden, so denken die Planer; es handelt sich um einen lang gezogenen, sehr schmalen Landbereich. Aufgrund des Lärms (Lage unmittelbar an den Gleisen) scheint fraglich, ob das hier zu positionierende Gebäude für eine Wohnnutzung geeignet sein könnte. *gu*

Am liebsten alles im Süden: Gleise, Parking, Neubau

2 Auf dem Areal südlich der Zürcherstrasse könnte man verdichten oder auch ein neues Parkhaus hinstellen (siehe 1). Wenn da nur nicht die Güterschuppen stünden (Club Bolero und andere), die sich im Schutzinventar befinden, ebenso wie das Salzhaus. Letzteres könnte abgerissen und durch einen höheren Neubau ersetzt werden. Diese Variante sei kritisch beurteilt worden, betont man bei der Stadt; im Bericht steht: «Der Vorschlag soll in die weiteren Planungen mitgenommen werden.»

Allerdings haben die SBB noch ganz anderen Bedarf: Man überlegt, hier einen Kopfbahnhof zu bauen mit mindestens zwei Gleisen. Dieser könnte dauerhaft genutzt werden oder zumindest provisorisch den HB entlasten während der Zeit, in der die geplanten Perronverbreiterungen vorgenommen werden.

Die Entlassung historischer Gebäude aus dem Schutzinventar ist grundsätzlich bei «überwiegendem öffentlichem Interesse» möglich. Peter Niederhäuser vom Heimatschutz hält das Salzhaus für einen wichtigen Zeitzeugen: «Es ist ein wesentlicher Teil der Bahnhofbebauung und steht für die Zeit des Aufbruchs in Winterthur.» Veränderungen seien aber nicht ausgeschlossen. Die Salzhaus-Betreiber wussten bislang nichts Genaues von den Planungen. Man habe erst kürzlich einen neuen Fünfjahresvertrag von der Stadt bis Ende 2024 erhalten, sagt Geschäftsleiter Kajo Böni. *gu*

Lokremise und Freiraum

3 Westlich der Gleise liegt einer der wenigen Bereiche, in denen schon vieles klar zu sein scheint. Das sogenannte Depot-West-Areal soll «zurückhaltend genutzt», also mit eher wenigen Veränderungen erhalten bleiben. Zentral ist hier, dass der Erhalt der geschützten Lokremise nicht hinterfragt wird. Zudem will man die historische Industriefassade des Sulzer-Areals (unter anderem mit der heutigen ZHAW-Bibliothek) nicht mit neuen Häusern verbauen. «Fussgänger» und «Aufenthaltsqualität» lauten hier die Stichworte – was «massvolle» Zusatznutzungen nicht ausschliesst. Auch eine neue Gleisquerung zwischen der Zürcherstrasse und der Wylandbrücke würde man gerne bauen. *gu*

Hochhäuser oder nicht?

5 Viel Aufwertungspotenzial bietet gemäss den Planern das Gleisdreieck im Norden zum Kantonsspital hin; hier befinden sich heute wenig gebrauchte Gleise, Lokremisen, SBB-Häuschen und ein Parkplatz. An dieser Stelle könnten zum Beispiel Hochhäuser gebaut werden, eine Variante, die im Planungsbericht allerdings nicht sehr euphorisch beschrieben wird. «Hochhäuser sind grundsätzlich möglich», heisst es da, allerdings brauche es für diese eine übergeordnete Gesamtstrategie. Damit ist nicht etwa ein Hochhauskonzept gemeint, über das die Stadt bislang bekanntlich nicht verfügt, wie Baustadtrat Josef Lisibach (SVP) auf Nachfrage präzisiert. «Möglich» ist laut dem Planungsbericht auch eine sanftere Entwicklung unter Erhalt einzelner der bestehenden Bauten. Die von einzelnen Planungsteams vorgeschlagenen Bebauungen des Gleisfelds sehen dagegen viele lang gezogene Blöcke oder aber ein grosses, unterteiltes Gebäude mit Innenhof vor.

Das eigentlich sehr zentral gelegene Grundstück hat einen Nachteil: Es ist nur von Norden her erschlossen, im Osten und Westen wird es von den Gleisen abgeschnitten. Diese Orientierung nach Norden würde es eigentlich für eine Nutzung durch das Kantonsspital prädestinieren, was noch genauer diskutiert werden soll. Geprüft werden soll auch eine Anhebung des stark abgesenkten Areals zur Lindstrasse hin. *gu*

Maturarbeit ausgezeichnet

KANTONSSCHULE Die Abschlussarbeit von Valentin Nussli von der Kantonsschule Im Lee ist diesen Mittwoch an der Pädagogischen Hochschule in Zürich als eine der fünf besten des Kantons ausgezeichnet worden. In seiner Arbeit hat Nussli das Theorem von Sophie Germain, einen Teilbeweis des Grossen Satzes von Pierre de Fermat, nachvollzogen.

Fermats Grosser Satz aus dem Jahr 1637 besagt, dass keine Potenz höher als die zweite in zwei Potenzen mit demselben Exponenten zerlegt werden kann. Sein Theorem hat er nie bewiesen, sondern nur mit einer Notiz versehen: «Ich habe hierfür einen wunderbaren Beweis entdeckt, doch ist dieser Rand zu schmal, um ihn zu fassen.» Erst rund 350 Jahre später sollte Andrew Wiles den kompletten Beweis finden.

Für den Teilbeweis von Germain hat sich Nussli entschieden, weil er etwas «Herausforderndes, aber Machbares» wollte. «Der allgemeine Beweis wäre ein Ding der Unmöglichkeit gewesen.» *ags*

Leute

Ein Schoggijob

Dass die Arbeit eines Stadtrats ganz schön bitter sein kann, ist allgemein bekannt. Am Vorlesetag in der Bibliothek Hegi offenbarte Stadtrat **Jürg Altwegg** (Grüne, Bild) die süsse Seite des Regentenlebens. Fürs Vorlesen von Geschichten von Schülerinnen und Schülern erhielt er eine Schachtel Pralinés. Offenbar nicht das erste derartige Geschenk, denn Altwegg kommentierte: «Als Stadtrat wäre es echt ein Problem, wenn man Diabetes hätte.» **Franziska von Grünigen,** Radiofrau, «Landbote»-Kolumnistin und Moderatorin des Vorleseabends am Mittwoch in Hegi, bot schlagfertig an, Altwegg könne den Schokoladenüberschuss jederzeit mit ihr teilen. Dieses Angebot wollte der Schulvorsteher aber nicht annehmen: «Dafür mag ich Schokolade doch zu sehr.» *bä*

Erfolgreiches Verbandsjahr

HEV 425 Haus- und Wohneigentümer sowie zahlreiche Gäste aus Politik und Wirtschaft waren am Mittwochabend ins Restaurant JJ's gekommen, um an der Generalversammlung des Hauseigentümerverbandes (HEV) Region Winterthur teilzunehmen. HEV-Präsident Martin Farner konnte auf ein erfolgreiches Verbandsjahr zurückblicken. Wie der Verein mitteilt, konnte dank des aktiven Engagements für die Haus- und Wohneigentümer die Mitgliederzahl weiter ausgebaut werden. Mit rund 15 000 Mitgliedern ist der HEV Region Winterthur die drittstärkste Sektion schweizweit. Insgesamt 15 Mitarbeitende kümmern sich um die Anliegen der Hauseigentümer, von der Rechtsberatung bis zu Wohnungsabnahmen. Nachdem Geschäftsführer Ralph Bauert das gute Jahresergebnis präsentiert hatte, genehmigten die Mitglieder sämtliche Anträge des Vorstands einstimmig. *red*